

Köln und sein Haushalt –

Gut wirtschaften und Zukunft sichern!

Die Stadthaushalte der vergangenen Jahre – zuletzt der Doppelhaushalt 2008/2009 – wurden maßgeblich von der Kölner Sozialdemokratie im Kernbündnis mit den Grünen gestaltet und im Rat durchgesetzt. Über diese erfolgreiche Finanzpolitik wurden wichtige Kernthemen sozialdemokratischer Programmatik in konkrete Stadtpolitik umgesetzt. Außerdem ist es gelungen, deutlich und nachhaltig in die sozialdemokratischen Schwerpunktbereiche Jugend, Schule, Familie, Beschäftigungsförderung und Wirtschaft zu investieren.

Damit hat sich die Arbeit in den Fachausschüssen des Rates und die Haushaltspolitik der SPD-Fraktion zu einem zuverlässigen Gradmesser für die durchsetzungsfähige politische Gestaltungskraft der Sozialdemokratie in Köln entwickelt. Sozialdemokratische Stadtpolitik garantiert das sichere und zuverlässige Funktionieren der Millionenstadt Köln in Verbindung mit sozialer, familienfreundlicher Schwerpunktsetzung.

Die KölnSPD verliert dabei keineswegs ihren langfristig angelegten und nachhaltigen Kurs der Haushaltskonsolidierung aus dem Blick. Auch in Zukunft wird die Stadt allerdings auf die Einnahmen städtischer Unternehmen nicht verzichten können. Die KölnSPD strebt daher an, den Stadtwerke-Konzern durch weitere Bündelung von Aufgaben der Daseinsvorsorge zu stärken und daraus Erträge für den städtischen Haushalt zu erzielen.

Öffentliche Wirtschaft ist aber natürlich kein Selbstzweck. Sie muss durch einen öffentlichen Auftrag begründet sein und sich sowohl qualitativ als auch wirtschaftlich an den Leistungen der Privatwirtschaft messen lassen. Es ist daher auch nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, sich in traditionellen Angebotsbereichen privater Unternehmen zu betätigen.

Verhängnisvoller Einfluss von Privatisierungsideologen

Zugleich ist die KölnSPD aus tiefster Überzeugung ein strikter Gegner von Pauschalaussagen wie „Privat vor Staat“. Die Weltwirtschaftskrise beweist derzeit die Unsinnigkeit solcher Aussagen und die Gefährlichkeit von Ideologen, die sich in der konkreten Politik unkontrolliert von ihren eigenen Phrasen leiten lassen und allerorten verbrannte Erde zurücklassen.

Der verhängnisvolle Einfluss der FDP auf die Änderung der Gemeindeordnung und die damit verbundene Knebelung der Kommunen in ihrer wirtschaftlichen Betätigung ist ein schlimmes Beispiel für diese Form ideologischer Borniertheit. Ein weiteres, abschreckendes Beispiel ist das Possenspiel des Landes rund um den in öffentlicher Eigentümerschaft

höchst erfolgreichen Flughafen Köln-Bonn. Auch da treibt die reine Privatisierungsideologie der FDP die Landesregierung in eine destruktive Abwehrhaltung, die der Wirtschafts- und Jobmaschine Flughafen die Luft zum Weiterwachsen abzuschnüren droht.

Städtische Unternehmen – wichtige Instrumente der Kommunalpolitik

Städtische Unternehmen leisten wichtige Beiträge zur Erhaltung und Verbesserung der kommunalen Infrastruktur, zur Stärkung des Produktions- und Dienstleistungsstandortes und gewährleisten ein großstadtgerechtes Leistungsangebot. Die Stadt darf sich daher nicht allein auf die Erledigung hoheitlicher Aufgaben beschränken. Vielmehr muss sie zur grundlegenden Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger insbesondere in den Bereichen der Ver- und Entsorgung, des Verkehrs, der Wohnungswirtschaft, der Bildung und Kultur, des Sports, der Gesundheit, der Wirtschaftsförderung und der Stadtentwicklung eine ausreichende Grundversorgung sicherstellen.

Die maßgebend von der KölnSPD in den letzten Jahrzehnten geprägte Politik, leistungsstarke städtische Unternehmen mit der Wahrnehmung kommunaler Aufgaben der Daseinsvorsorge zu betrauen, hat sich bewährt und wird fortgesetzt.

Insbesondere die im Stadtwerke-Konzern zusammengeschlossenen Unternehmen sind Motor für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und der Region. Negative Erfahrungen aus anderen Ländern, die bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben konsequent auf Privatisierung gesetzt haben, belegen eindrucksvoll, dass Bau, Unterhaltung und Betrieb der öffentlichen Infrastruktur nicht dem freien Spiel der Kräfte unterworfen werden dürfen.

Die KölnSPD ist daher der Auffassung, dass der beherrschende Einfluss der Stadt insbesondere auf den Stadtwerke-Konzern erhalten bleiben muss.

Dieser Unternehmensverbund hat auch handfeste finanzielle Vorteile. Er ermöglicht nicht nur eine sichere und kostengünstige Versorgung mit Wasser, Strom, Gas und Fernwärme, sondern sichert auch ein attraktives Nahverkehrsangebot zu bezahlbaren Fahrpreisen unter optimaler Nutzung von steuerlichen Verrechnungsmöglichkeiten. Dies erspart dem Konzern und damit der Stadt Köln Jahr für Jahr Steuerzahlungen in erheblicher zweistelliger Millionenhöhe; beachtliche Beträge, ohne die die KVB ihre Verkehrsleistung nicht aufrecht erhalten könnte.

Dies gilt auch für die Unternehmen der Wohnungswirtschaft. Sie halten preiswerten Wohnungsbestand vor, der einerseits den Wohnungsmarkt reguliert und andererseits ein unverzichtbares Instrument zur Versorgung einkommensschwacher und sozial benachteiligter Einwohnerinnen und Einwohner darstellt. Überdies hält der mittelbare städtische Einfluss über

den Mietspiegel das Mietpreisniveau insgesamt in der Großstadt Köln in einem erträglichen Gesamtrahmen.

Städtische Beteiligungen schaffen Rahmenbedingungen

Die Beteiligungen der Stadt Köln an der Messe und dem Flughafen schaffen verlässliche Rahmenbedingungen für die heimische Wirtschaft und fördern ebenfalls den Wirtschaftsstandort Köln. Die KölnSPD strebt daher weiterhin mit Nachdruck eine Ausweitung des kommunalen Einflusses auf den Flughafen an.

Die Sparkasse Köln/Bonn muss als eine dem Gemeinwohl verpflichtete Einrichtung auch in Zukunft von der Stadt getragen werden. Als Trägerin stellt die Stadt Köln sicher, dass mit der Sparkasse die vorgesehenen öffentlichen Aufgaben, etwa die Mittelstandsfinanzierung, die kreditwirtschaftliche Versorgung breiter Bevölkerungskreise oder die regionale Standortentwicklung, erfüllt werden.

Daher lehnt die KölnSPD Forderungen nach einer Privatisierung der Sparkasse ab. Vielmehr ist die Sparkasse durch verstärkte Zusammenarbeit in der Region weiter zu stärken, damit die öffentlichen Aufgaben dauerhaft erledigt werden können.

Zu den besonderen Verpflichtungen einer öffentlichen Sparkasse gehört auch die ausreichende Versorgung des Mittelstandes mit Firmenkrediten. Auch durch die gesetzlich veränderten neuen Eigenkapitalregelungen („Basel II“) darf sich daran im Grundsatz nichts ändern. Die KölnSPD wird sich dafür einsetzen, dass die Kreditvergabe nach transparenten und auf den Einzelfall zugeschnittenen Kriterien erfolgt.

Städtische Unternehmen bringen die Stadt voran

Auch auf kulturellem Gebiet ermöglichen städtische Unternehmen eine wirtschaftliche und flexible Aufgabenerledigung. Optimierte Organisationsstrukturen und erweiterte Finanzierungsmöglichkeiten einschließlich der Integration nicht städtischer kultureller Initiativen schaffen Freiräume, die die Kulturstadt Köln nach vorne bringen.

Ein eindrucksvolles Beispiel hierfür ist die unter Beteiligung des WDR im Jahre 1986 gegründete KölnMusik GmbH als Betreiberin der Philharmonie, die auch den überregionalen Ruf Kölns als Musikstadt entscheidend geprägt hat. Dieses Modell kann Vorbild sein auch für andere kulturelle Einrichtungen der Stadt, wie zum Beispiel die Bühnen und die Museen.

In Zeiten äußerst knapper finanzieller Ressourcen sind flexible Rahmenbedingungen unverzichtbar. Sie fördern Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit und wecken die Bereitschaft Dritter, sich für kulturelle Belange auch finanziell zu engagieren.

Öffentliche Wirtschaft garantiert Daseinsvorsorge

Die KölnSPD ist davon überzeugt, dass die erfolgreiche städtische Unternehmenspolitik der Vergangenheit auch den heutigen Anforderungen noch gerecht wird. Die KölnSPD bekennt sich daher eindeutig zum Erhalt der öffentlichen Wirtschaft als Garant kostengünstiger und qualitativ hochwertiger Daseinsvorsorge.

Städtische Unternehmen sind wichtige Auftraggeber für die örtliche mittelständische Wirtschaft, schaffen und erhalten Arbeitsplätze und leisten damit einen guten Beitrag zur Sicherung des sozialen Friedens.

Insbesondere die fortschreitende Liberalisierung auf den Märkten der Versorgung und des Verkehrs zwingt jedoch dazu, die städtischen Unternehmen fit für die Zukunft zu machen, um dem harten Verdrängungswettbewerb standhalten zu können. Die KölnSPD hat daher die notwendigen Anpassungsprozesse unterstützt und wird auch in Zukunft flexibel auf die Anforderungen der Märkte reagieren.

Expansion und die Entwicklung städtischer Unternehmen zu leistungsstarken regionalen Anbietern fördern die Wettbewerbsfähigkeit und garantieren dauerhaft den städtischen Einfluss auf die Aufgabenerfüllung. Dies schließt eine Beteiligung Privater nicht generell aus, sofern dies die Unternehmen strategisch stärkt.

Steuerung und Kontrolle städtischer Unternehmen der Daseinsvorsorge dürfen jedoch nicht den Privaten überlassen werden, sondern bleiben im Rahmen der verfügbaren Möglichkeiten dem von den Bürgerinnen und Bürgern durch Wahl legitimierten Stadtrat vorbehalten. Die KölnSPD ist sich der besonderen gesellschaftlichen Verantwortung stadtnaher Unternehmen bewusst und setzt sich für ausreichende Kontrolle der Unternehmen und eine gewissenhafte fachorientierte Personalauswahl ein. Bei der Besetzung von Aufsichtsratsposten werden wir der Forderung der EU und der Bundesregierung entsprechen, deutlich mehr der entsprechenden Mandate mit Frauen zu besetzen.

Auch die Veräußerung von städtischen Unternehmensbeteiligungen ist für die KölnSPD nicht generell ein Tabu. Veränderte Rahmenbedingungen können sehr wohl eine solche Maßnahme rechtfertigen. Auch die Rückführung einer städtischen Beteiligung auf die gestaltende Mehrheit von mindestens 50,1 Prozent kann sich im Einzelfall als richtiger Ansatz und Weg erweisen, insbesondere wenn dadurch die Aufnahme eines das Kerngeschäft fördernden strategischen Partners erst ermöglicht wird.

Den Verkauf städtischen Vermögens allein aus haushaltspolitischen Gründen lehnt die KölnSPD dagegen entschieden ab. Ein solches Stopfen von Haushaltslöchern wirkt nur einmalig und gleicht keinesfalls strukturelle Defizite des Haushaltes aus.